

# Der Gesellschafter.

## Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Preis vierteljährlich hier 1.10 M., mit Zolgerlehn 1.20 M., im Bezirks- und 10 km-Gebiete 1.25 M., im übrigen Württemberg 1.50 M., Monatsabonnements nach Verhältnis.

Fernsprecher Nr. 29.

88. Jahrgang.

Fernsprecher Nr. 29.

Anzeigen-Gebühr f. d. 11. u. 12. Seite aus großem Schrift oder deren Raum bei 1mal. Einrückung 10 g. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Mit dem Waidenbüchlein, Illust. Sonntagblatt und Schwab. Landwehr.

N 155

Mittwoch, den 7. Juli

1909

### Politische Weberstift.

Die das „Armees-Verordnungsblatt“ mittelt, trägt häufig bei Verhandlungen aller Art in zwei Parteien die „rote“ Partei ein rotes Band an den Überzügen der Kopfbedeckungen. Die sechs Zentimeter breiten Bänder von farbigem Baumwollstoff bedecken die auf den Überzügen befindlichen Regimentsnummern vollständig. — Unter dem 23. Juni 1909 hat der Kaiser neue allgemeine Bestimmungen für das gewerbliche Spielen der Militärmusiker genehmigt. Danach darf n. a. die Genehmigung zum gewerblichen Spielen nur erteilt werden, wenn berechnete Klagen der Militärmusiker über ihren erwerbende Konkurrenz nicht zu erwarten sind.

Der offizielle Berichterstatter des „Süd. Reichskorre.“ in Berlin berichtet zu einer Konferenz der „Dorshewitsch-Bjedomski“ in Petersburg, daß Deutschland Anspruch in Persien „freie Hand“ gelassen habe als eine Art Kompensation für die Einmischung Deutschlands in den letzten Österreichisch-russischen Konflikt: „Weder auf der Standard-Arde bei Bistritz noch sonst sind deutsche Anwesenheiten in diesem Sinne gemacht worden. Wäre Interesse Deutschland in Persien verfolgt, ist der russischen Diplomatie bekannt, ebenso auch, daß wir niemals den Versuch gemacht haben, das Einverständnis mit England anzutasten, das Anklänge persischer Politik zugrunde liegt.“

Der Reichsfinanzminister des Bundes der Landwirte für Kassel-Regionen Direktor Schmidt-Breitman, hat in einem Schreiben an den Vorstand erklärt, wegen der unklaren Abstimmung über die Erbschaftsteuer und die Stellungnahme des Bundes der Landwirte zu dieser Frage sein Amt als Vorsitzender des Bundes für den Wahlkreis Kassel-Regionen niederlegen zu müssen. Ebenso erklärt er seinen Austritt aus dem Bund überhaupt.

Die türkisch-griechischen Beziehungen sollen nach den veröffentlichten Erklärungen aus Athen nicht zu wünschen lassen. Damit stimmt recht schlecht eine Meldung aus Saloniki, wonach zweitensend zur Grenzarbeit nach Thessalien wandernde Rumänen aus Serbien bei Glaffen von griechischen Soldaten überfallen wurden, die mehrere von ihnen töteten oder verwundeten. Infolgedessen herrscht in Serbien große Aufregung. — Die Worte hat die Botenschaft der Schenkstätte wissen lassen, daß die griechischen Bundes, die jetzt in großen Maßstab geübt werden, von türkischer Seite über die Grenze hinaus verfolgt werden würden, wenn sie die Grenze überschreiten sollten. Die Konföderation meldet, herrscht auf Akete Ruhe. Am Sonntag wird der Sultan eine Flottenrevue abhalten.

Die Ereignisse in Persien lassen an Klarheit noch immer zu wünschen. Wie der Dragoman der russischen Gesandtschaft Baranowski und der Militärattache der englischen Gesandtschaft Major Stokes aus Schahabad berichten, wurden die Revolutionäre von den Royalen des Schahs geschlagen und hatten 12 Tote; auf Seite der Ro-

yalen sind ein Offizier und drei Mann gefallen, zwei Mann verwundet. — Die „Zeit. Bl.“ meldet aus Teheran: Der englische und der russische Vertreter hatten eine Audienz beim Schah und erklärten ihm, er könne auf eine Unterzeichnung der Räte nicht rechnen. Der Schah will aber nicht nachgeben. Er hofft zu siegen.

Aus Fez wird vom 29. Juni gemeldet: Da die Rückzug in Fez einzufallen drohen, ersuchten die Bewohner der Stadt den Raschid um seinen Beistand. Dieser forderte die Mahalla der Beni Nier auf, nach Fez zu gehen; ihr Kommandant aber weigerte sich, indem er erklärte, er könnte das Gebiet der Beni Nier aus Furcht vor einem Aufstand nicht verlassen. — Der Raschid hat sein Lager sechs Stunden von Fez entfernt aufgeschlagen. — Nach einer Meldung aus Fez vom 30. Juni weigert sich der Omar sich, im Raschid zu verbleiben; er will wieder den Gouverneurposten in seiner Provinz übernehmen. Der Sultan hat ihn ermahnen lassen, im Raschid zu verbleiben. Ahsa ben Omar hat aber abgelehnt. Es geht das Gerücht, der Sultan wolle ihn mit Gewalt zurückhalten.

Der chinesischen Regierung wurde vom Staatsdepartement in Washington mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika wahrscheinlich gegen das kürzlich abgeschlossene russisch-chinesische Abkommen, durch das den russischen Eisenbahnbeamten ein Vetorecht gegen Maßnahmen der sibirischen Behörden in der Nordmandschurie eingeräumt wird, Einspruch erheben werden. Man glaubt, daß auch Großbritannien sich auf den Standpunkt der Vereinigten Staaten stellen werde.

Der amerikanische Senat hat die Bestimmungen des Tarifgesetzes dahin abgeändert, daß die Regional- und Minimaltarife derart festgelegt werden, daß die Notwendigkeit vorgehoben wird, es 90 Tage vorher anzukündigen, ehe der Maximaltarif eingeführt werden kann, falls vorher der Minimaltarif in Kraft war. Der Senat nahm diese Abänderungen mit 38 gegen 18 Stimmen an. Die angenommenen Bestimmungen des Maximaltarifs ermächtigen den Präsidenten, einen Zuschlagssatz von 25% auf Waren aus solchen Ländern zu legen, die nach seiner Ansicht die Berechtigten Staaten nicht ebenso behandeln, wie andere Länder.

### Die entscheidende Bundesratsführung.

Berlin, 6. Juli. An der Bundesratsführung, die heute in Anwesenheit der einzelstaatlichen Finanzminister im Reichstagsgebäude stattfand, nehmen auch alle Kommissäre teil, die im Bundesratsauschuss bei der Beratung der Finanzreform beteiligt waren. Wie verlautet, liegt es in der Absicht der verbündeten Regierungen, zum Ersatz für die Rotationssteuer eine Kompensationssteuer vorzuschlagen. Außerdem steht heute noch ein anderer Steuerplan zur Beratung, der noch geheim gehalten wird. Unmittelbar an die heutigen Beratungen sollen sich Verhandlungen mit den Führern der Reichsparteien anschließen.

### Der Kompromiß.

Berlin a. Rh., 6. Juli. Nach der „Allg. Volkstg.“ darf man von dem Verlauf der Beratungen des Bundesratspräsidenten und der Führer der Reichsparteien für die Reichsfinanzreform folgendes Kompromiß erhoffen: A. Besteuerung: 1) Grundbesitz bzw. Wertsteuerschäfer: 40 Mill. Mark; 2) Quittungen über Schenk- und Reichsbankguthaben: 20 Mill. Mark; 3) Karm- und Effektensteuern: 22,5 Mill. Mark; 4) Zinssteuern: 27,5 Mill. Mark; 5) Erhöhung der Matrularbeiträge: 25 Mill. Mark; zusammen 135 Mill. Mark aus den Besitzern. B. Neue indirekte Steuern: 300 Mill. Mark. C. Beibehaltung der bestehenden Steuern und zwar: 1) Fahrtensteuer: 20 Mill. Mark; 2) Zuckerversteuer: 35 Mill. Mark. Also alles in allem: 500 Mill. Mark.

Berlin, 6. Juli. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, ist der Kompromiß zwischen der neuen Mehrheit und der Regierung heute abend zu Stande gekommen. Danach bleibt die Zuckerversteuer und die Fahrtensteuer bestehen, 110 Millionen werden als sogenannte Besitzsteuer erhoben, die im wesentlichen die Börse treffen sollen. So soll z. B. ein Umsatzsteuer, ein Effektensteuer und ein Quittungssteuer erhoben werden.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Juli. Die Schanzengrabenrolle wird auf Antrag des Abg. Reuter (nl.) zur Schaffung von Übergangsbestimmungen in die Kommission zurückverwiesen.

### Die zweite Lesung der Finanzreform.

Das Erbrecht des Staates. Die Finanzkommission hat diese Vorlage abgelehnt. Dr. Jand (nl.): Wir legen erneut Verwahrung ein gegen die Behauptung von der Schädigung des Familienfunds. Ebenso wie wir an der Erbschaftsteuer festhalten, so können wir auch für diese Vorlage über das Erbrecht des Staates. Von Expropriation oder von Zwang ist gar keine Rede. Da wir durch die Situation nicht in die Lage versetzt sind, Verbesserungen anzubringen, beschränken wir uns darauf, unsere prinzipielle Zustimmung zu geben. Der Gedanke des Erbrechts des Staates ist im deutschen Volke populär. Auch die Erbschaftsteuer wird wiederkehren. (Bl. l.) Dabe (fr. Bg.): Die freikünigliche Genossenschaft kommt ebenfalls der Vorlage zu, wenn sie sich auch nicht auf Einzelheiten festlegt. Aber der Grundgedanke des Gesetzes ist ein gesunder, sozialer. Gegen die Heberhebung des Familienfunds wie sie von der Rechten betrieben wird, erheben wir Widerspruch. Die Vorlage ist besser als manches der Handtagsprodukte, das wir in der letzten Zeit gesehen haben. (Bl. l.) Ulrich (Soz.): Der Grundgedanke ist wohl richtig, aber die Vorlage selbst genügt uns nicht. Man hat versucht, dem Staatsfiskus noch mehr Angst zu machen, als er ohnehin schon hat, indem man ihm mit dem Beifall der

### Kaiser Wilhelm und die Franzosen.

Paris, 4. Juli. Der Besuch des deutschen Kaisers auf der „Ariane“ in Kiel wird nunmehr auch von dem Besitzer der Yacht, Senator Gaston Renier, in sehr interessanter Weise kommentiert. Aus einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der Aktion sind folgende Mitteilungen des weltgewandten Parlamentariers hervorgegangen:

Der Eindruck, der sich aus der Unterhaltung beim Festbankett auf der „Ariane“ ergab, läßt sich ungefähr so zusammenfassen, daß eine neue Atmosphäre in Deutschland sich gebildet hat. Man merkt, daß sich in dem Reiche ein gegenüber etwas geändert hat; die Atmosphäre ist nicht mehr so trübe, sondern sehr für eine Annäherung geeignet und sie ist dadurch entstanden, daß gerade während der längsten Zwischenfälle sich herangebracht hat, wie aufrichtig die beiden Länder befreundet sind, Konflikte und Zusammenstöße zu vermeiden. Trotz allem, was man sagen und schreiben mag, ist der deutsche Kaiser ein Friedensfürst, der sich völlig Rechenschaft darüber ablegt, daß das Schicksal der Nationen in Zukunft nicht mehr auf den Schlachtfeldern entschieden wird, sondern daß der Kampf auf dem rein wirtschaftlichen Gebiete angesetzt werden muß. Das erklärt den Antagonismus zwischen Deutschland und England. Diese letztere Macht (Senator Renier hob hervor, daß der Vergleich nicht von ihm kommt) gleicht jenen schönen Frauen, die, nachdem sie in der Gesellschaft allein gesteckt und umschmeichelt worden waren, eines Tages bemerken,

daß andere Schönheiten neben ihnen sich erheben. Darüber werden sie eifersüchtig und etwas ungeschicklich. Genau hat Deutschland aus in den letzten Jahren ungeschicklich etwas am Jense zu finden gesucht und ich erinnere mich, daß Herr Renier als Ministerpräsident sich mir gegenüber sehr bitter über die fortwährenden Radikalität der deutschen Politik beklagte, die die Erhaltung eines leidlichen Gleichgewichts unmöglich machten. Ich muß aber bemerken, daß die Beschränkungen während des Casablanca-Handels zwei übertrieben waren. Man war da falsch berichtet. Im Verlauf der Unterhaltung, die ich darüber mit dem Kaiser hatte, erklärte mir der Herrscher, daß er sich mit folgenden Worten an den Kaiser gewandt habe: „Sie müssen mir absolut die Sache arrangieren!“ Die Gründe der Rivalität der Beziehungen zwischen Berlin und Paris um 1905 herum sind vielfach; einer der hauptsächlichsten war zweifellos die geringe Beliebtheit, deren sich der französische Botschafter in Berlin, Herr Bihour, erfreute. Das war wirklich nicht der rechte Mann auf dem rechten Platz, mag er auch ein sehr liebenswürdiger und geschickter Diplomat sein. Er verstand es nicht, jene besondere Atmosphäre der Sympathie und des Vertrauens um sich zu verbreiten, die zu dem Erfolge einiger unserer großen Diplomaten so bedeutend beitragen. Der Kaiser beklagte sich über ihn mehrmals sehr ernstlich. „Das war ein Mann, mit dem man unmöglich plaudern konnte“, sagte er mir selbst eines Tages und stellte dabei Herrn Cambon in den schmeichelhaftesten Gegensatz zu seinem Vorgänger. Auch die Herren Herbelte und der Marquis de Roquille waren sehr beliebt gewesen. Von dem letzteren erzählt mir der Kaiser persönlich: „Gines

Morgens sehr früh war der Portier der französischen Botschaft nicht wenig überrascht, mich ankommen zu sehen und zwar ganz allein; geradezu erschrocken war er, als ich sofort bei dem Marquis de Roquille vorgelassen zu werden verlangte. Dieser war noch im Bette und mußte mich deshalb in seinem Schlafzimmer empfangen. Ich ließ ihn sofort aufstehen und wir gingen dann beide, nachdem wir eine kleine Erfrischung zu uns genommen, im Tiergarten spazieren. In zwanzig Minuten haben wir da mehr erledigt, als wir in einer langen Korrespondenz fertig gebracht hätten.“

„Also kurz“, schloß der Senator, „ich bringe einen ausgezeichneten Eindruck von dieser langen Unterhaltung heim. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß sich seit 2 Jahren bei unseren Nachbarn eine sehr starke Stimmung zu Gunsten der Erhaltung des Friedens gebildet hat. Die Kern des gegenseitigen Mißtrauens, die Perle des Unbehagens und der Beschränkungen scheint jetzt endgültig abgeschlossen. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß zu denen, die am meisten zu der französisch-deutschen Annäherung beigetragen haben, der Fürst Albert von Monaco gehört.“ Der Gewährungsmann der „Aktion“ konnte natürlich eine solche Unterhaltung nicht beenden, ohne eine Frage nach den verlorenen Provinzen einzuflechten. Senator Gaston Renier wollte darauf nicht eingehen, sagte aber dann ernstlich: „Man ja, Prinz Heinrich, der Bruder des Kaisers, mit dem ich mich über dieses bedeutsame und immer so aufregende Problem unterhielt, erwiderte mir in einem unbestimmten Tone: „Ach ja, Elch-Vögelchen, das ist die wahre Kunde!““



Sozialdemokraten brachte. Es kann dem Staatssekretär gar nicht schaden, wenn er einmal für einen vernünftigen Bescheidenschaftler eintritt, falls immer nur der Comiss der bürgerlichen Parteien zu sein. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf).

Reichsfinanzsekretär Sydow: Die beiden ersten Redner haben schon für die Vorlage alle Gründe geltend gemacht. Wenn ich vor etwas Angst habe, so ist es nur davor, daß die Regierungsvorlage in einer Weise unterzückt wird, wie sie der Vorredner unterzückt hat. (Beifall rechts).

Gräber (Zit.): lehnt die Vorlage ab, denn sie würde fundamental in das bürgerliche Gesetzbuch eingreifen.

Dr. Klahn (fr. Sp.): Beim Erhalter war man nicht so rücksichtvoll. Da rüttelte man ohne sich zu scheren, an dem wohlgefügten Bau des bürgerlichen Gesetzbuchs, weil es sich um agrarische Interessen handelte. Die Rechte will nur die Besessenen schonen.

v. Dersing (Rp.): Eine Erweiterung des Erbrechts des Staates halten wir für berechtigt. Die Vorlage geht aber zu weit. Wir werden daher gegen sie stimmen.

Stadthagen (Soz.): Bermannter entsetzter Grabes, haben überhaupt nichts für den Besitz getan, sie können ruhig einen Teil des wüsten Gewinn abgeben.

Freih. v. Richtofen (konf.): Wir sind gegen das Gesetz. Es ist der Anfang eines gefährlichen Weges, dessen Ende wir nicht absehen können.

Kraab (wirtsch. Bgg.) erklärt sich gegen das Gesetz. Die Distrikte lehnen.

Abg. Freih. v. Richtofen (konf.) beantragt die namentliche Abstimmung anzusetzen, da das Haus nicht völlig befreit sei. Da von der Linken aber festiger Widerspruch erhoben wird, zieht er seinen Antrag zurück. In namentlicher Abstimmung wird das Gesetz mit 191 gegen 136 Stimmen bei einer Enthaltung endgültig abgelehnt.

Die Kommission beantragt Ablehnung der Weinsteuern und Erhöhung der Schaumweinsteuer. Ein Antrag Graf Kanitz (konf.) und Schulz (Rp.) fordert eine allgemeine Weinsteuern von 7/8 Pfennig pro Liter für alle Weine, von denen das Heftölter mehr als 40 A. liefert. Ferner wird eine Banderolensteuer von 0,10 bis 8 A. gefordert.

Abg. Graf Kanitz (konf.) begründet den Antrag. Man dürfe am Wein nicht vorübergehen, wenn Bier und Brauwasser herangezogen werden. Eine niedrige Steuer schadet nicht, denn für einzelne Weine würden ganz ungeheure Preise bezahlt. Eine Folge der Weinsteuern würde die Verschärfung der Kontrolle sein, was auch im Interesse der Weinbauern selbst liegt. Ein Konsumrückgang sei nicht zu befürchten.

Reichsfinanzsekretär Dr. Sydow: Wir bedauern lebhaft, daß unser Vortrag auf Einführung einer Weinsteuern in der Kommission keine Mehrheit gefunden hat. An dem Antrag der besseren Klassen hätte man nicht vorbeigehen sollen. Dem Antrag Kanitz kann ich nicht zustimmen, da er auch die kleinen Weine faffen würde. Dazu kommt noch besonders die notwendige Rücksicht auf die bereits bestehende Weinsteuern einzelner Bundesstaaten, insbesondere Württemberg.

Abg. Dr. Weber (nl.) erklärt, daß seine Freunde wegen der angesichtslichen politischen Situation die Vorlage mit dem Antrag Kanitz ablehnen müssen.

Abg. Graf Kanitz (konf.) beantragt für den Fall der Ablehnung seines Antrags Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Die Abgg. Gräber (Zit.) und Behmann (Soz.) sprechen sich gegen jede Weinsteuern aus im Interesse der kleinen Winger.

Abg. Schulz (Rp.): Um die Weinsteuern kommen Sie nicht herum. Das läßt sich das deutsche Volk auf die Dauer nicht gefallen.

Dr. Blankenhorn (nl.): Die Steuer würde vom Winger getragen werden müssen. Zahlreiche Erntestellen würden dadurch vernichtet werden.

Staufer (wirtsch. Bgg.) erklärt sich aus dem gleichen Grunde gegen die Steuer.

Dr. David (Soz.): Die Weinsteuern würde der Regel zum Exze hinüber von kleinen Erntestellen werden.

Dr. Köhler (konf.): Ich bin gegen die Besteuerung des Weines wegen der schlechten Lage der Winger.

Der Antrag Kanitz wird abgelehnt, ebenso die ganze Regierungsvorlage.

#### Die Schaumweinsteuer.

Die Kommission hat eine Erhöhung der Schaumweinsteuer auf 0,75 bis 3 A. und des Schaumweinzolls auf 1,20 A. pro Doppelzentner festgesetzt.

Gumel (Soz.): Die Erhöhung des Schaumweinzolls wird aus Repressalien seitens Frankreich bringen.

Erzberger (Z): In der Kommission haben die Sozialdemokraten für Schaumweinsteuer gestimmt. Jetzt stimmen sie mit einem mal dagegen.

Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.): Nicht nur die elstische Baumwollindustrie, sondern auch die bayerische Brauindustrie, die thüringische Spielwaren- und Porzellanindustrie beklagen solche Repressalienregeln von Frankreich.

Ministerialdirektor Kühn: Die Regierung wird alles tun um etwaige Gefahren für die deutsche Industrie abzuwenden. Gerechtfertigter Anlaß zu Beschränkungen liegt nicht vor, wenn unsere Erzeugnisse sich in angemessenen Grenzen bewegen.

In namentlicher Abstimmung wird der Schaumweinsteuerentwurf mit 200 gegen 125 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Das Haus vertagt sich. Dienstag 11 Uhr: Gesetz über die vollständige Verwendung von Werks-Flanzformen. Schluß 7 1/2 Uhr.

#### Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 6. Juli. Die Zweite Kammer beschäftigte sich heute bei Beratung des Staatshaushalts mit einigen die Technische Hochschule betreffenden Fragen. Allgemein wurde angegeben, daß die Hochschule sich eines guten Rufes erfreut, wenn auch ihre Finanzierung eine Stabilität aufweist. Die Erörterungen zitierten eine Reihe von Wünschen, insbesondere, daß die Hochschule gegenüber der Universität nicht rücksichtslos behandelt werde, daß die fremden Sprachen nicht vernachlässigt werden und eine Handelshochschule eingerichtet werde, welcher Forderung allerdings mehrfach widersprochen wurde. Ferner beantragten Abgeordnete sämtlicher Parteien die Errichtung einer Lehrstelle für den Bau von Schiffen, Flugapparaten und Automobilen. Minister v. Fleischhauer legte dar, daß die Klagen über eine Zurücksetzung der Hochschule nicht widerlegt werden könnten, daß die Pflege der fremden Sprachen wesentlich lebendiger im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache betreffen müsse. Für eine Handelshochschule liege nach Ansicht der Handelskammer kein Bedürfnis vor. Der Errichtung einer Professur für Luftschifftechnik siehe das Ministerium sympathisch gegenüber, denn es sei eine Ehrenpflicht für Württemberg, das Problem der Luftschiffahrt auch wissenschaftlich zu behandeln. Einem Wunsch des Grafen Jepsen nach Errichtung einer Akademie für Luftschiffahrt in Friedrichshafen konnte das Land nicht Rechnung tragen. Hier müssen das Reich, zum mindesten die benachbarten Bundesstaaten mitwirken. Betsch wurde daher gewarnt, die Aufgaben der Techn. Hochschule zu sehr auszubehnen. Belastet man sie übermäßig mit Nebenarbeiten, so kann das nur auf Kosten der Hauptfächer geschehen. Das Haus nahm den erwähnten Antrag einstimmig an. Nach Erlebigung der Kap. 31: Pflanzenschule und 72: Gewerbliche Fortbildungsschulen und Hausarbeitsschulen wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt. Schluß der Sitzung gegen 7/8 Uhr.

#### Tages-Neuigkeiten.

Aus Stadt und Land.

Messel, den 7. Juli 1909.

Gegen den Entwurf der Reichsversicherungsordnung macht sich in allen Teilen des Reichs eine steigende Opposition bemerkbar. An der Spitze marschieren die deutschen Kerze, die sich in wichtigen Rechten der Selbstbestimmung und Vertragsfreiheit durch den Entwurf bedroht sehen. Nicht minder groß ist der Unwille, den der Entwurf in der gesamten deutschen Industrie hervorgerufen hat. Die Industrie erhebt zwar keine Einwendungen gegen die Erweiterung der sozialen Verpflichtungen an sich, die der Entwurf enthält. Um so größere und begründete Bedenken hat sie gegen die darin vorgeschlagene Errichtung neuer umfangreicher Behördenorganisationen. Es handelt sich dabei um die Schaffung sogenannter Versicherungs- und Oberversicherungsämter, über deren Zahl jetzt noch nichts feststeht, die sich aber möglicherweise bis auf 2000 belaufen, 2000 neue Beamten würden aber, wie man in Fachkreisen ausgerechnet hat, jährlich etwa 100 Mill. Mark neue Kosten verursachen, die von Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft aufzubringen wären. Man erwidert darin nicht nur völlig unproduktive, sondern auch überflüssige und direkt gefährliche neue Einrichtungen. Denn, was diese Beamten tun sollen, wird schon jetzt in unzureichender Weise von den Organen der Selbstverwaltung in der sozialen Versicherung geleistet. Die neuen Beamten und die ehrenamtlichen Einrichtungen würden, da sie nebeneinander bestehen sollen, zu beständigen Reibungen und Auseinandersetzungen führen, den Geschäftsgang verlangsamen, die Kosten steigern und den Versicherungsnehmer die Möglichkeit erschweren, sich in den Genuss der ihnen zustehenden Vorteile zu gelangen. Am letzten Ende würden die Versicherungsämter die ehrenamtlichen Institutionen völlig verdrängen und eine Bürokratisierung der ganzen sozialen Versicherung zur Folge haben. Ueber solche Ausfichten herrscht in Kreisen der Industrie und des Handels eine tiefgehende Erbitterung. Aber auch die deutsche Landwirtschaft hat sich dieser Bewegung angeschlossen, denn der Ausschuss des deutschen Landwirtschaftsrats hat ebenfalls die stärksten Bedenken gegen den Entwurf vorgebracht. Allgemein geht die Stimmung dahin, daß die Regierung, aus Rücksicht des allgemeinen Wohlbefindens, am besten die, den ganzen Entwurf zu den Akten zu legen.

Kontaktsverfahren gab es im deutschen Reich 11 581 im Jahre 1908 gegen 9865 im Jahre 1907, das sind mehr 1726. In Württemberg nahm die Zahl der Kontaktsverfahren im Jahre 1908 zu um 87, sie stieg nämlich von 465 im Jahre 1907 auf 552 im Jahre 1908. Anträge auf Kontaktsverfahren wurden im Deutschen Reich gestellt 1908 15 440 gegen 12 936 im Jahre 1907. 9881 (1907: 8101) Kontaktsverfahren wurden eröffnet. 2200 (1907: 1754) Anträge wurden wegen Mangel an Beweisen abgewiesen.

Mündlingen, 6. Juli. (Korr.) Gestern nacht um 11 Uhr kam eine aus 26 Mann bestehende Soldatenabteilung vom Regiment 119 hier an und nahmen im Gasthaus zum Röhren Quartier, das sie schon tags zuvor besetzt hatten. Die Abteilung hatte, geführt von einem Hauptmann, in selbstmitleidiger Ausdrückung einen Wehrmarsch von Calw über die Schwärz abzuhalten nach Mündlingen gemacht. Nach längerem Aufenthalt ging dieselbe morgen 4 Uhr über Bollmaringen nach Bonhof, um von da per Eisenbahn nach Stuttgart zurückzufahren.

r. Förs, 6. Juli. Ein ganz tollkühner Eindringling wurde vergangene Nacht 10 Uhr im Hause des Schweinschändlers Schäfer im sog. Röhrlaggen verhaftet.

Der Eindringling vermutete in Abwesenheit der Eltern Geld zu erhalten. Drei Duben sprangen vor Angst zum Fenster hinaus, während das Schweinchen sich dort festklammerte. Durch das Geschrei dieser Kinder angelockt, eilten Nachbarn herbei, allein der Boge! war unerrückter Sache angezogen.

Calw, 4. Juli. Ein langjähriger Wunsch der Pfleger und besonders der Gutsbesitzer wird endlich in Erfüllung gehen. Die am meisten frequentierte Straße vom Adler aus in der Richtung nach Stuttgart hatte so viele helle Stellen, daß bei schwereren Regenschauern stets Schlamm geblasen werden mußte. Schon seit Jahrzehnten wurde daher die Korrektur der Stuttgarter Straße angeordnet. Die Unterhaltung der Straße ist Aufgabe der Stadt und des Staates. Nach langem Verhandlungen und fortwährenden Vorstellungen bei der Straßendirektion ist es zuletzt gelungen, daß die Mittel vom Staat bewilligt wurden. Die Kosten der Korrektur werden sich auf ungefähr 150 000 A. belaufen; auf die Stadt entfallen etwa 50—60 000 A. An den Kosten für die Stadt wird sich auch die Amtsdirektion in der üblichen Weise beteiligen. Zum Zweck der Korrektur der Straße hat die Stadt in letzter Zeit das der Frau Pfleger zum Adler gehörige Haus an der Stuttgarter Straße (früheres Brauereigebäude zur Linde) um den Kaufpreis von 30 700 A. erworben. Das Haus steht am Fiegebach und muß durch Gewinnung eines Übergangs über den Bach abgetrennt werden. Mit der Korrektur der Straße wird auch in diesem Herbst begonnen werden.

Calw, 4. Juli. Wegen Unterschlagung amtlicher Gelder ist der Radd. Arbeiter Sailer seit gestern flüchtig. Es haben sich beim Eingang der Gebühren für Latrinen- und Rehrichtweisen Unregelmäßigkeiten von 400 A. ergeben.

Nach den Bestimmungen über die diesjährigen größeren Truppenübungen des XIII. (Königl. Würt.) Armeekorps finden in diesem Jahre nur einjährige Brigadewanderfahrten statt und zwar die der 51. und 52. Infanteriebrigade am 4. Sept. im Gelände bei Stuttgart bzw. Ludwigsburg, die der 53. und 54. Inf. Brig. am 8. Sept. im Gelände bei Blosingen bzw. Münsingen. Die Divisionsmandate finden bei der 26. und 27. Division vom 9. bis 11. Sept. statt. Das Kaisermandat fällt in die Tage vom 13. bis 17. Sept. Kaiser dem XIII. und XIV. Armeekorps nehmen nach getroffener Uebereinkunft noch teil: das I. und III. Bayer. Armeekorps, die Bayer. 4. Division und eine bayer. Kav.-Div. Die Kaiserparade über das XIII. Armeekorps ist am 7. Sept. auf dem Gaußfurter Exerzierplatz.

Stuttgart, 5. Juli. Die Stellung des Christentums und der Sozialdemokratie zur deutschen Arbeiterbewegung wurde gestern abend in einer von der Stuttgarter Ortsgruppe der freien kirchlich-sozialen Konferenz und dem Ortskartell der christlichen Gewerkschaften in der Stadtkirche einberufenen öffentlichen Volksversammlung behandelt. Referent des Abends war Herr auch hier wohlbekannte Sozialpolitiker Dr. Ramm aus Berlin. Das Thema und Redner gleich zugängliche waren, bewies die Tatsache, daß der Saal aus Angehörigen aller Volksschichten bis auf den letzten Platz besetzt war. Der Referent weist darauf hin, daß wirkliches Christentum sich in den Räten unserer Zeit mit den Mitteln unserer Zeit auszuweisen müsse. Heute werde Aktivität des Christentums gefordert. Im weiteren behandelte er den Begriff und die Entwicklung der Arbeiterbewegung, sowie deren Strömungen, auch die kirchlichen Bestrebungen auf sozialem Gebiet wurden eingehend gemahnt. An der Hand des sozialdemokratischen Parteiprogramms fand die Stellung der Sozialdemokratie zur Arbeiterbewegung eine sehr interessante Beleuchtung. Im Anschluß an den Vortrag entspann sich eine lebhafte Aussprache in der jede! Redegewalt gewahrt war, bei der sich zahlreiche Gegner zum Wort meldeten. Die Versammlung schließlich folgten mit gespannter Aufmerksamkeit den Verhandlungen und besonders dem Referenten und den auf demselben Boden stehenden Diskussionsbeiträgen lebhaften Beifall. Selbst von gegnerischer Seite wurde gegeben, daß mit der kirchlich-nationalen Arbeiterbewegung heute ernstlich gerechnet werden müsse. Daß in dieser Bewegung ein, von hohen kirchlichen Kräften durchdrungenes Idealismus vorhanden ist, hat die prächtig verlaufene Versammlung und das an deren Schluß begehrt angebrachte Hoch auf die kirchlich-nationale Arbeiterbewegung gezeigt.

Stuttgart, 6. Juli. Die Einnahmen aus dem Post-Telegraphen- und Fernsprechbetriebe im Rat 1909 betragen 1 578 440,86 (plus 58 020,09 A.) Vom 1. April 1909 bis zum letzten Rat betragen die Einnahmen 4 519 127,37 (plus 172 786,47 A.)

Reutlingen, 5. Juli. Ede! der Diakon- und Brunnentstraße wird vom katholischen Kirchenstiftungsrat ein neues Gotteshaus für die Reutlinger Pfarrgemeinde errichtet: die St. Wolfgangkirche. Am 4. Rat wurde mit deren Bau begonnen, und gestern konnte die feierliche Grundsteinlegung erfolgen in Gegenwart der katholischen Geistlichkeit und der weltlichen Mitglieder des Kirchenstiftungsrats, der Vertreter der staatlichen und kaiserlichen Behörden und des ersten Stellvertreters der protestantischen Kirchengemeinde, sowie unter Teilnahme eines großen Kreises der katholischen Pfarrangehörigen.

Schwaberg, 6. Juli. Von der Staatsanwaltschaft wurde, wie das Schwarzw. Tagblatt erzählt, die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den wehrer Sturz wegen verachteter Abigung des Stadtkammerrats Schwarz abgelehnt. Der Klageentwurf war vom Gemeinderat mit 5 gegen 3 Stimmen beschlossen worden.

Spöckingen, 6. Juli. Ein Hagelwetter sauste am Montag nachmittag 4 Uhr über unsere Stadt herein und die wenige Minuten niederprasselnden Schloffen bedeckten

handhoch  
Größe dar  
glenlich f  
runter. I  
den Rand  
halb eine  
wählte. P  
der Dem.  
ergänzliche  
heimlehen  
Gesahr w  
vergesseu.  
Brücke er  
Mitte der  
sich bog  
schien dra  
den inner  
massen p  
die sonst  
schüttete  
durch Klei  
so gut h  
Wile viel  
sich zur  
sein, da e  
Frei  
gegenwär  
Denkmal  
verfündli  
ein von i  
französis  
dessen m  
Beistimm  
Genius g  
ein verg  
geardete  
in eine  
hierdurch  
einen h  
r  
Fall hat  
rich Wol  
beante i  
schwerer  
verantwo  
gallen d  
Bühnenge  
heit un  
träge f  
schworn  
Reinwill  
Gefängni  
Be  
heute vor  
jährigen  
gehewen  
Gröfman  
Gefährde  
Der Unt  
bete, die  
und auch  
die Wan  
durch da  
Profess  
daß er  
Darauf  
B  
Tägl. i  
gebung i  
Entlastu  
volken  
Innere  
Zusam  
Weise g  
behangen  
beauftrag  
Person d  
Ernamen  
sch auf  
rien sch  
B  
angemess  
verlass  
Dern  
Reichs  
B  
aus de  
Färken  
eingetret  
haben, i  
gestatten  
daß der  
Prozesse  
eintritt,  
Gericht  
B  
berg ge  
angabe  
gemein  
weilen





Fünfsbrunn.  
**Versteigerung einer Wirtschaft  
 und sonstiger Grundstücke.**

In der Nachlasssache der Johannes Koller, Sonnenwirts Ehe-  
 leute von Fünfsbrunn kommt die in Nr. 117 und 121 d. Bl. näher  
 beschriebene



**Wirtschaft zur Sonne**

mit dinglicher Wirtschaftsgerechtigkeit  
 sowie die dieselbst weiter genannten Grundstücke am

**Samstag, den 17. Juli d. J.,**  
 vormittags um 9 Uhr

auf dem Rathaus in Fünfsbrunn wiederholt zur öffentlichen Ver-  
 steigerung.

Altentweig, den 5. Juli 1909.

Bezirksnotar Bed.

**Schlacht-Farren-Verkauf!**  
 Nächsten Freitag, den 9. d. Mts.

wird aus dem Rdt. Farrenkoll ein schweres

**Schlachtfarren**

verkauft. Schriftliche Angebote — pro Zentner  
 Lebendgewicht — sind an obigem Tag, bis längstens  
 vormittags 11 Uhr bei der Stadtpflege, woselbst auch die Verkaufs-  
 bedingungen aufzulegen, einzureichen.

Haiterbach, den 6. Juli 1909.

Stadtpflege: Nieger.

Unterjettingen.

Die Gemeinde verkauft am Donnerstag, den 8. Juli d. J.  
 im Schulsaalweg 1 schweren

**Schlachtfarren Ia. Qualität.**

Angebote sind pro Ztr. Lebend Gewicht schriftlich  
 und verschlossen mit der Aufschrift „Offert auf Schlach-  
 farren“ bis spätestens 8. Juni, vorm. 11 Uhr einzureichen.

Schultheißen-Amt.

■ Schwarzwald-Verkehrs-  
 Bezirks- und Verein  
 ■ Fremden-Verkehr-  
 Nagold. ■ ■ ■

**Bekanntmachung**

für die verehrl. Gastkurgäste u. für die Einwohnerschaft.

**Die Sommerpromenaden-Konzerte**

werden auch heuer, und zwar vom

**Sonntag den 27. Juni**

ab bei günstiger Witterung an jedem Sonntag vorm. von 11 bis  
 12 Uhr und je am Donnerstag abend von 8 bis 9 Uhr im  
 Stadtpark stattfinden, wozu unsere geehrten Gastkurgäste und die  
 Einwohnerschaft freundlich eingeladen werden. Die Sitzplätze sind in  
 erster Linie während der Dauer der Konzerte für die Gastkurgäste und  
 für unsere Vereinsmitglieder bestimmt. Schulkinder sind nur unter  
 Aufsicht von Erwachsenen zugelassen. Das Mitbringen von  
 Hundes zu den Konzerten ist verboten.

Sodann haben wir in dem kleinen Saal des evang.  
 Vereinshauses für unsere Gastkurgäste

**ein Lesezimmer**  
 eingerichtet, in welchem die neuesten Tageszeitungen zur unentgeltlichen  
 Benützung aufgelegt.

**Die Vermieter von möblierten Zimmern**

werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, ihre Zimmer auf dem  
 Rathaus unter Angabe des Preises anzumelden und jeweils im Falle  
 der Verlegung Anzeige zu machen, damit den Kurgästen jederzeit über  
 die verfügbaren Zimmer richtige Auskunft erteilt werden kann.

Der Ausschuss:

Vorsitzender: Oberamtspfleger G. Rapp.

Nagold.

**Forchene Riemenböden,**  
 mit Kat und Feder, dergl.

**Pitch-Pine-Riemen I. Qual.**

bittet sich auf Lager

Wilh. Benz, Bauwerkstr.

**Oberamtsparlase Nagold.**

Kelisen Nr. 21, Postfach Nr. 1187.

Dr. Spat. Gaiser

ist vom 7./28. d. M. beurlaubt  
 u. werden die Geschäfte der Oberamts-  
 parlase während dieser Zeit durch  
 Oberamtspfleger Rapp besorgt.  
 Den 6. Juli 1909.

Oberamtsparlase.

**1000 M.**

sind sofort gegen gefällige Sicherheit  
 anzuleihen.  
 Bon wem sagt die Exped. d. Bl.

Nagold.

Um mit Ihren Borräten in

**Rahrrad-  
 Artikeln**

vollends zu räumen, gibt zu jeden-  
 annehmbaren Preis ab

Wilhelmine Gauss,  
 Schloßmeisterstr., Haiterbachstr.

**Papier-  
 Servietten**

mit jedem gewünschten Aufdruck  
 fertigt rasch und billig

G. W. Zaiser, Buchdruckerei.

Nagold.

**1 Wohnung**

mit 3 Zimmern samt Zubehör, sowie  
 ein schön möbliertes

**Zimmer**

hat zu vermieten  
 E. Gräninger, Sattlerstr.

Nagold.

**1 Schennenbarn**

hat zu vermieten  
 Karl Farr, Seifensieder.

Nagold.

**Korbwaren**

aller Art  
 ist neu und bestens sortiert und  
 bringen wir solche empfehlend in  
 Erinnerung. Speziell in

**Reiseförben**

bieten wir große Auswahl und bitten  
 um geehrte Abnahme.

Berg & Schmid.

**Patentbüro  
 Forzhaim** (Telefon  
 1455)  
 Kionlostrasse 31.

**Suche im Auftrage**

zahlungsfähiger Käufer Grund-  
 stücke, Villen, Geschäfte aller  
 Branchen, sowie Fabrik- und Land-  
 grundstücke, Hotels und Gasthöfe.  
 Bitte umgehende Offerte an  
 Süddeutsch. Commissions-  
 Haus, Nürnberg.

Haiterbachstr. 11, Nagold.

**Hochzeits-Einladung.**

Hiermit erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Be-  
 kannte zu unserer am

**Samstag, den 10. Juli 1909**

im Saalhaus z. „Ochsen“ hier stattfindenden Hochzeitsfeier  
 freundlichst einzuladen.

Gregor Creiber  
 Feldweibel,  
 Ludwigsherg.

Anna Weber  
 Tochter des  
 J. K. Weber, Spinnereibesitzer,  
 Haiterbach.

Aufgang 10 Uhr.

Wir bitten, dies bei jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Haiterbach.

Unterzeichneter verkauft krankheitshalber sein in besser Lage befindliches



**Gasthaus mit Brauerei,  
 Brennerei,**

**Ökonomiegebäude**

nebst anstoßendem großem Gemüse- u. Baumgarten,  
 wozu Viehhof einlabet

**Fr. Großmann z. Traube.**

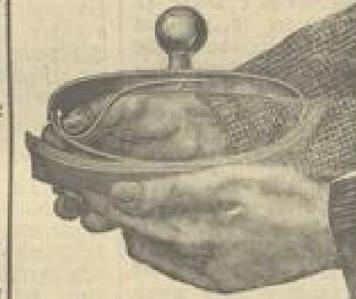
**Neue**

und einzige, wirklich vollkommene Lösung der Löscherfrage  
 durch den

**Ideal-  
 Löschblock**

und

**Ideal-  
 Löscher**



D. R. P. a. und D. R. G. M.

**Ideale Bequemlichkeit, Einfachheit u. Sauberkeit.**

Das bisher so unaufröhrlich bearbeitete Löscherproblem ist  
 durch den „Ideal-Löscher“ in einer zum ersten Mal alle in  
 Betracht kommenden Faktoren gleicherweise berücksichtigender  
 Art gelöst worden.

Alle Mühe und Plage des Schneidens, Einspannens  
 und schwierigen Abreissens der Blätter hat ein Ende.

Es liegt also in Jedermanns Interesse, sich den ewig  
 haltenden u. elegant bleibenden „Ideal“-Löscher  
 anzuschaffen.

Ausserdem ist dieser Löscher aus vernickeltem Stahlblech,  
 hat ein elegantes Aussehen und ist leicht federnd.

Alleinverkauf für Nagold und Umgebung:

G. W. Zaiser'sche

Buch- und Schreibmaterialienhandlung Nagold.

**Hermes-Cordial**

unter Kontrolle des Direktors des städtischen Untersuchungsamtes, Hrn.  
 Dr. Benz in Heilbronn sowie des Allg. Deutschen Zentralverbandes  
 zur Bekämpfung des Alkoholismus K. V.

**das beste alkoholfreie Getränke der Gegenwart**

gleichwertig mit einer Traubenkur, da Hermes-Cordial laut  
 Analyse des Laboratoriums Dr. Fresenius, Wiesbaden nur  
 reinen Traubensaft enthält.

1 Teil Cordial auf sieben bis neun Teile Wasser genügt zur Herstellung  
 einer herrlichen Limonade.

Preis 1/2, Flasche M. 1.50, 1/2, Flasche M. 1.—

Zu haben in den Apotheken, Drogen- und Kolonialwarenhandlungen.  
 Wo nicht erhältlich, wende man sich direkt an den Generalvertreter:

Joh. Gottfr. Goppelt, Heilbronn.

**Wie neu wird Jeder**

mit Weibel's Colman's-Waschseife  
 gewaschenen Stoff jeden Gewebes.  
 vorzüglich in Gelb. zu 45 u. 28 Pf. bei  
 Friedr. Schmid, Nagold. 8

**Mitteilungen des Stadtsenats**

der Stadt Nagold:

Geburt: Hermann Wilhelm, S. d.  
 Joseph Friedrich 31 g, Gelberbrenn,  
 den 5. Juli.

